

Schuld sind immer die Anderen

Das Regionalfernsehen berichtete in den letzten Tagen immer wieder und sehr ausführlich über die Regenfälle in unserer Stadt. Wer selbst einmal einen Wasserschaden zu überstehen hatte, wozu ich mich leider zählen muss, der weiß, wie ätzend das ist. Mein Mitgefühl gilt allen, bei denen die Keller vollgelaufen sind und der Wasserspiegel im Wohnzimmer deutlich über der Teppichkante liegt.

Besondere Aufmerksamkeit in der Berichterstattung wurde einer Wiese in Reinickendorf zuteil, von der nicht zweifelsfrei geklärt ist, ob es sich um eine Kleingartenkolonie oder ein „allgemeines Wohngebiet“ handelt. Sieht man sich die dort entstandenen Häuser an, tippt man eher auf Wohngebiet als Schrebergarten. Es geht aber eben nicht darum, wonach es aussieht. Hinzu kommt, dass sich das Gebiet offenbar in einer Senke befindet und somit besonders anfällig für Starkregen ist. Das Wasser kommt dann nicht nur von oben, sondern auch von unten.

Wie auch immer, die Wiese drohte abzusaufen. Natürlich könnte man an der Stelle fragen, ob die Anwohner sich dieser Gefahr nicht bewusst waren, als sie hier ihr Häusle bauten. Egal. Wenn Gefahr droht oder sie schon eingetreten ist, ruft man den Staat um Hilfe, dem man sonst wenig zutraut. Und siehe da, man wird in seinem Vorteil bestätigt. Weder der Bezirk, noch der Senat zeigen sich zuständig, nicht einmal die Wasserwerke. Es spricht sehr viel dafür, dass es tatsächlich so ist. Das Technische Hilfswerk griff ein und machte eine Ausnahme, pumpte das Wasser ab und alles ist wieder schön. Etwas wehleidig wurde die Frage im Fernsehen vom Vorsitzenden der Kolonie beantwortet, was die Aktion des THW denn gekostet und wer sie bezahlt habe. Antwort: 5.000 Euro, und wir. Also die Anwohner. Das ist vollkommen in Ordnung, denn es ist Sache der Anwohner, sich um ihre Grundstücke zu kümmern und Vorgänge dieser Art zu bezahlen. Wer denn sonst? Der Steuerzahler etwa? Die 5.000 Euro sind vermutlich die Kosten des Einsatzes, das Vorhalten des Equipments des THW finanziert der Steuerzahler ohnehin, denn die Zivil- und Katastrophenschutzorganisation untersteht dem Bund.

Zwei CDU-Abgeordnete, eine aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und einer aus dem Bundestag, sind auf die Pumpen des THW aufgesprungen und haben einen Runden Tisch ins Leben gerufen. Was für ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Wenn sich schon kein anderer zuständig fühlt, dann hilft wenigstens die CDU.

Was mich an dieser ganzen Wasser-Berichterstattung stört, ist der Fingerzeig auf die Verwaltung. Unterschwellig wird sie für das Elend der Anwohner verantwortlich gemacht. Und letztlich ist R2G auch am Starkregen schuld. Bei dieser Art der Berichterstattung muss sich niemand wundern, dass die Beliebtheitswerte die Koalition aus SPD, Linken und Grünen weit unter dem Wasserspiegel liegen. Da nützt es auch nichts, dass Reinickendorf einen CDU-Bürgermeister hat, der für das Leid der Wiesenbewohner ebenso nicht zuständig ist, wie der Senat.

Da es sonst keine Themen in der Stadt zu geben scheint, konzentrieren sich einige Medien darauf nachzuweisen, wie unbeliebt die jetzige Landesregierung ist. Und die CDU hält voll drauf. Das ist ihr gutes Recht, vielleicht auch ihre Pflicht. Es wirkt nur manchmal ein wenig skurril, wenn man sich daran erinnert, dass bis vor einem knappen Jahr die CDU Teil des Senats war. Epochales haben die CDU-Senatoren auch nicht gerade auf den Weg gebracht. Berlin ist weder mit Schwarz-Rot, noch Rot-Rot und auch nicht mit Rot-Schwarz untergegangen, und wird es auch nicht mit Rot-Rot-Grün.

Bei der Bundestagswahl wird die CDU-Berlin deutlich vor der SPD liegen, wie die letzten Male auch schon. Einbilden können sich die Berliner Christdemokraten darauf wenig, denn für das Ergebnis können sie sich bei Angela Merkel und kaum bei Monika Grütters bedanken. Trotzdem und weil die Tegel-Befürworter ihren Volksentscheid gewinnen werden und der Senat sein Nein nicht zurücknehmen wird, ist mit Rufen nach Neuwahlen zu rechnen. R2G kann man nur empfehlen, das auszusetzen. Wer für fünf Jahre gewählt wurde, soll gefälligst fünf Jahre lang seine Arbeit machen. Erst danach wird abgerechnet. Auch die jüngsten Umfragen belegen, dass R2G nach wie vor auf 52 Prozent kommt. Und jeder, dem diese Konstellation nicht passt, sollte wissen, dass es gegenwärtig niemand gibt, der es besser machen könnte.

Ed Koch